

Resolution des Rates der Stadt Leichlingen

- Entwurf -

Der Rat der Stadt Leichlingen verurteilt die kriegerische Aktion Russlands gegen die Ukraine, fordert die Beendigung aller Kampfhandlungen und bekräftigt das Recht auf die Unverletzlichkeit und Souveränität der Ukraine und der dort lebenden Menschen.

Wer vor Krieg und Verfolgung flüchtet, verdient Hilfe und Unterstützung. Deshalb begrüßen wir Soforthilfe-Maßnahmen in Deutschland, Nordrhein-Westfalen und auch in Leichlingen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass den Menschen dort geholfen werden kann, wo sie aufgenommen werden, wo ihnen eine Heimat für die Zeit geboten wird, in der sie Schutz suchen und sich eine Zukunft aufbauen können.

- Wir fordern deshalb die Stadtverwaltung auf, gemeinsam mit dem Kreis und dem Land geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um den in Leichlingen ankommenden Menschen die notwendige Hilfe gewähren zu können.
- Wir bitten alle Hauseigentümer und Wohnungsgesellschaften in Leichlingen zu prüfen, ob sie Wohnraum zur Verfügung stellen können.
- Damit Hilfsangebote zielgerichtet und bedarfsorientiert gesteuert werden können, sollte dringend von eigenen oder fremdorganisierten Fahrten an die ukrainische Grenze mit dem Ziel, selbstständig Flüchtlinge aufzunehmen und in den Kreis zu transportieren, Abstand genommen werden. Ankommende Flüchtlinge sollten durch staatliche Stellen oder etablierte Hilfsorganisationen ordentlich in Empfang genommen und registriert werden.
- Der Rat der Stadt erwartet eine regelmäßige Information über die aktuelle Versorgungssicherheit hinsichtlich der Unterkunftssituation und der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen. Vor der Einrichtung von Sammelunterkünften ist eine Sondersitzung einzuberufen.
- Der Rat der Stadt Leichlingen erwartet von der Stadtverwaltung eine Koordination der Arbeit des Ökumenischen Arbeitskreises, des Integrationsrates, des GLOBOLUS, des DRK, der Tafel und weiterer institutioneller oder privater Organisationen.

- Der Rat der Stadt Leichlingen erklärt sich mit allen Menschen solidarisch, die kriegerisches Handeln als Mittel der Politik ablehnen. Konflikte müssen am Verhandlungstisch mit Mitteln der Diplomatie gelöst werden.
- Sachspenden für Geflüchtete in der Kriegs- und Krisenregion sind nach übereinstimmender Einschätzung aller relevanter Akteure derzeit nicht erforderlich. Die primären Zielstaaten der Geflüchteten und deren zivilgesellschaftliche Akteure kommen derzeit augenscheinlich ausreichend für die Versorgung auf. Wer Geld spenden möchte, sollte dies über die bekannten Spendenkonten der Hilfsorganisationen tun.